



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 18.07.2017

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 16.03.2017, 16:06 Uhr bis 18:35 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Rafael Christof Struwe	SPD	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	
Frau Ira Sommer	CDU	stellvertretend für Herrn Götz
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

Beratende Mitglieder

Herr Stephan Boyens	AfD
---------------------	-----

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov	stellvertretend für Herrn Bayrakçioğlu
---------------------	--

Beratende Mitglieder

Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Barbara Albat	SPD
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Herr Sönke Geske	SPD

Herr Matthias Pergande	FDP
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner	CDU
Herr Dr. Volker Ermert	auf Vorschlag der Grünen
Herr Robert Schallehn	GRÜNE
Herr Fabian Hübner	auf Vorschlag der Fraktion DieLinke
Herr Stephan Wieneritsch	FDP

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau	Beigeordneter des Dezernates V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Christina Brammen-Petry	Umwelt und Verbraucherschutzamt
Herr Manfred Kaune	Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Konrad Peschen	Leiter des Umwelt-und Verbraucherschutzamtes

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	----------------------------------

Gäste

Frau Betina Küchenhoff	Umwelt und Verbraucherschutzamt	zu TOP C
Frau Lena Zlonicky	Stadtplanungsamt	zu TOP 3.1

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stefan Götz	CDU
Herr Mathias Wittmann (jetzt Meis)	auf Vorschlag der Grünen

Beratende Mitglieder

Herr Nebil Bayrakçioğlu	GK
-------------------------	----

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Gerhard Haider	Seniorenvertretung der Stadt Köln
-------------------------	-----------------------------------

Beratende Mitglieder

Frau Jennifer Mense	GRÜNE
---------------------	-------

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Struwe begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Er macht auf die Zusetzungen und Absetzungen der Tagesordnungen sowie auf die anwesenden Gäste in beiden Ausschüssen¹ aufmerksam.

Zum Ausschuss Umwelt und Grün macht er folgende Anmerkungen:

Die Anfragen nach § 4 Geschäftsordnung unter TOP 1.2, 1.3 und 1.4 werden in der nächsten Sitzung beantwortet. Die Verwaltung zieht TOP 4.5 Beschaffung einer IT-Anwendung Baumkataster zurück.

Die Verwaltung bitte, nach dem Vortrag unter TOP C die Beschlussvorlage unter TOP 4.6 Bauvorhaben Erweiterung Vereinsgebäude „Blaue Funken“/Sachsenturm vorzuziehen, da zu diesem Punkt Frau Zlonicky vom Stadtplanungsamt ab 16:30 Uhr anwesend sein wird und sie anschließend einen Termin in der Sitzung der BV Innenstadt zum gleichen Thema hat.

Den Vortrag zu Umweltbildung im Ausschuss Umwelt und Grün halte Frau Küchenhoff, die auch das stadtweite Spatzenprojekt initiiert habe und im Umweltamt für Umweltbildung und Biodiversität zuständig sei.

Im Betriebsausschuss für Abfallwirtschaft werde Frau Otto von den Abfallwirtschaftsbetrieben über innovative Papierkörbe informieren.

Die Vorschläge finden allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Der Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:²

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der jeweiligen Niederschrift

² Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A **Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**

B **Gleichstellungsrelevante Themen**

C **Ganzheitliches Kölner Umweltbildungskonzept (UBK)
Vortrag und Mitteilung
4003/2016**

1 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

1.1 Emissionen von Stickoxiden in Köln
Anfrage der Fraktion Die Linke vom 12.01.2017
AN/0004/2017

1.1.1 Emissionen von Stickoxiden in Köln
Beantwortung der Anfrage
0327/2017

1.2 Windenergie in Köln
Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0367/2017

1.3 Radverkehrskonzepte für die Kölner Stadtbezirke
Anfrage der SPD-Fraktion
AN/0422/2017

1.4 Luftbelastung am Clevischen Ring
Anfrage der FDP-Fraktion
AN/0426/2017

2 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

2.1 Mehr artenreiche Wiesen in Köln
Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke vom
07.02.2017
AN/0246/2017

3 **Kommunaler Klimaschutz**

3.1 Förderung der Elektromobilität in Köln
0802/2017

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

- 4.1 Stadtklima- und Verschönerungsprogramm für die neun Kölner Stadtbezirke
hier: Überarbeitung des Kriterienkataloges
3968/2016
- 4.2 Luftreinhalteplanung Stadt Köln
3786/2016
- 4.2.1 Luftreinhalteplanung Stadt Köln
Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 09.03.2017
AN/0403/2017
- 4.3 Beitritt zum Bündnis "Kommunen für Biologische Vielfalt e.V."
4221/2016
- 4.4 Energieberatung für Privathaushalte durch die Verbraucherzentrale - Verlän-
gerung für das Jahr 2020
0144/2017
- 4.5 Beschaffung einer IT-Anwendung Baumkataster
0424/2017
Von der Verwaltung zurückgezogen
- 4.6 Bauvorhaben Erweiterung Vereinsgebäude "Blaue Funken"/Sachsenturm
(Blaue-Funken-Weg 2);
hier: Beschluss über die Durchführung eines architektonischen Gutachterver-
fahrens zur Bebauung eines städtischen Grundstückes
2875/2016

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

7 Mitteilungen

- 7.1 s. TOP C Ganzheitliches Kölner Umweltbildungskonzept (UBK)
- 7.2 Durchforstungsplanung 2017 zur Pflege des städtischen Waldes
0064/2017
- 7.3 Bahnhof Belvedere in Köln-Müngersdorf
0488/2017/1

7.4 Berichtspflicht gem. § 42 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
Bericht an den Ausschuss Umwelt und Grün
0520/2017

7.5 Fertigstellung Rheinboulevard
0259/2017

7.6 Zeitlicher Ablauf des Freiraumplanerischen Wettbewerbs Parkstadt Süd-
Teilbereich Eifelwall
0414/2017

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

8.1 Klimaschutz durch effiziente Energieberatung in Köln
Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Donath vom 03.11.2016
0500/2017

9 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

12 Allgemeine Beschlussvorlagen

13 Vergaben

14 Mitberatung von Planungsvorlagen

15 Mitteilungen

16 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

17 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

18 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Hierzu liegt nichts vor.

B Gleichstellungsrelevante Themen

Hierzu liegt nichts vor.

C Ganzheitliches Kölner Umweltbildungskonzept (UBK) Vortrag und Mitteilung 4003/2016

In einer Power-Point-Präsentation stellt Frau Küchenhoff das ganzheitliche Kölner Umweltbildungskonzept vor.³

Nach einer Einleitung, in der sie die Bedeutung der Umweltbildung als eine wichtige Voraussetzung darstellt, um sich den wesentlichen Herausforderungen der Zukunft im Umweltsektor zu stellen, geht sie auf die Ziele ein, die man mit Umweltbildung erreichen will.

Dabei beschreibt sie insbesondere die Methoden, mit denen diese Ziele erreicht werden können. Sie hebt hervor, dass die Schaffung eines naturnahen Umfeldes, nicht nur auf dem Land und in den Naturschutzgebieten, sondern auch in KITAS, Schulgärten, öffentlichen Grünanlagen und Wohngebieten mehr in den Fokus gerückt werden sollte. Anschließend macht sie deutlich, dass Umweltbildungsangebote, die für alle Zielgruppen durchgeführt werden, Wertschätzung, Interesse und Motivation, sich für Umwelt zu engagieren, fördern und wecken.

Zur Erreichung der Ziele benötigt die Stadt Köln die Unterstützung von vielen Umweltbildungsakteuren der Zivilgesellschaft.

Im weiteren Verlauf ihres Vortrags informiert Frau Küchenhoff über die Historie des Kölner Umweltbildungskonzeptes und macht auf den wichtigen Punkt der Konzepterstellung durch das Umwelt und Verbraucherschutzamt aufmerksam, das den Vorteil der Neutralität und Abdeckung auch anderer Umweltthemen wie z.B. der Biodiversität bietet.

Anschließend geht sie auf das weitere Vorgehen, die Bedarfe und Lösungsansätze ein und betont die Stärkung der außerschulischen Lernorte insbesondere für Kinder.

Anhand einer Grafik veranschaulicht Frau Küchenhoff, dass die Hemmnisse und Herausforderungen der Umweltbildungsarbeit hauptsächlich im Bereich Finanzierung / Personal, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung liegen. Sie beschreibt die Werkzeuge, mit denen die externen Umweltbildner bisher unterstützt wurden und welche für die Zukunft geplant sind.

Die Verwaltung gehe davon aus, dass dieser zukünftige Prozess mit der Einrichtung von 1,5 Mehrstellen und einer gewissen finanziellen Ausstattung verbunden sei und

³ Die Folien der Präsentation sind der Niederschrift beigelegt und im Ratsinformationssystem eingestellt.

plädiere zudem für eine dauerhafte Förderung der externen Akteure, die von der Stadt koordiniert werde.

Frau Küchenhoff informiert über Kooperationsprojekte mit Mitmachcharakter, mit denen man gute Erfolge erzielt habe und erwähnt in diesem Zusammenhang, dass das stadtweite Spatzenprojekt auf der 10. Klimaschutzkonferenz des Deutschen Städtetages ausgezeichnet worden sei.

Der Aufbau eines Umweltbildungszentrums sei eine weitere zukünftige Agenda.

Der Standort Gut Leidenhausen, der vom Ausschuss Umwelt und Grün als ein geeignetes Gelände benannt worden sei, biete dazu gute räumliche Gegebenheiten. Dort seien bereits viele Akteure vor Ort und vielfältige Umweltbildungsangebote vorhanden.

Auch hier sehe man die inhaltliche Leitung aus Gründen der Neutralität bei der Stadt Köln und rechne mit einem Finanzbedarf von 1,5 Stellen plus Projektmitteln.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe dankt Frau Küchenhoff für ihren anregenden Vortrag. In Anbetracht der zukünftigen Herausforderungen werde es immer wichtiger, Umweltschutz und Umweltbildung den Menschen nahezubringen. Hier sei ein solches Konzept ein wesentlicher und guter Schritt in die richtige Richtung.

Abschließend beantworten Frau Küchenhoff und Herr Peschen Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Küchenhoff führt aus, dass der nächste Schritt die Fertigung einer Beschlussvorlage sei, um die personellen und weiteren finanziellen Bedarfe mit einer politischen Willensbildung zu beschließen.

Zur langen Dauer der Umsetzung räumt sie ein, dass längere krankheitsbedingte Vakanz und nicht vorhandene personelle Kapazitäten den Fortschritt des Umweltbildungskonzeptes verzögerten. Das 1. Forum habe am 12.03.2012 stattgefunden.

Hinsichtlich der Schulgärten bestätigt sie, dass Lehrerinnen und Lehrer oft mit anderen Dingen betraut seien. An vielen Schulen werden die Schulgärten im Rahmen des offenen Ganztagsbetriebs am Nachmittag betreut. Sie spreche sich für eine Integration der Schulgärten in den „normalen“ Schulbetrieb aus, was bereits an vielen Schulen umgesetzt werde, da Schulgärten ein unglaublich großes Potential besäßen. Dies sei jedoch eine Angelegenheit des Landes.

Es existiere ein städtisches Schulgartennetzwerk, in dem sich alle interessierten Schulen befänden. Über regelmäßige E-Mails mit verschiedenen Links erhielten die Schulen alle aktuellen und praxisorientierten Informationen. 4- bis 6-mal jährlich komme man zu sog. „Netzwerktreffen“ an einer Schule bzw. im Stadthaus zusammen, wo z. B. Anfang des Jahres 10 Modellschulen ihre Arbeit vorstellten. Auch arbeite man mit der Köln-Messe zusammen, die jährlich einen Schulgartenwettbewerb, z. B. in diesem Jahr zu Insektennisthilfen, veranstalte.

Mit der Wasserschule habe man ebenfalls Kontakt aufgenommen, kooperiere jedoch zunächst hauptsächlich mit den außerschulischen Lernorten, die sich mit Natur beschäftigten, weil die personellen Kapazitäten für mehr derzeit nicht ausreichten. Natürlich sei eine Kooperation mit allen außerschulischen Lernorten geplant.

Herr Peschen ergänzt, dass das Umweltamt die personellen Ressourcen für die bisherigen Aufgaben bereitgestellt habe. Nach den internen Analysen könnte ein Stellenmehrbedarf absehbar sein. Wenn man mit den Akteuren Ergebnisse erarbeitet habe, werde man nach verwaltungsinternen Gesprächen noch mal auf den Ausschuss zukommen.

Frau Küchenhoff betont, dass die Stadt Köln alle Pilotprojekte in Eigenregie durchgeführt habe. Sie hoffe, dass der Beitritt zum Bündnis „Biologische Vielfalt“ die Möglichkeit eröffne, mit Akteuren aus anderen Städten in Kontakt zu treten, um von deren Erfahrungen zu profitieren.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt den anschaulichen Vortrag und die mündlichen Ausführungen von Frau Küchenhoff und Herrn Peschen zur Kenntnis.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Emissionen von Stickoxiden in Köln Anfrage der Fraktion Die Linke vom 12.01.2017 AN/0004/2017

1.1.1 Emissionen von Stickoxiden in Köln Beantwortung der Anfrage 0327/2017

SE Herr Hübner fragt hinsichtlich eines Fahrverbotes für Diesel-PKWs, ob die Verwaltung schon einschätzen könne, um wie viel Mikrogramm/ m³ sich die Stickstoffdioxidbelastung der Luft an der Hintergrundmessstelle in Köln Chorweiler und an der Verkehrsmessstelle Clevischer Ring in etwa reduzieren würde, wenn in Köln ein solches Fahrverbot für Diesel-PKW gelte.

Er spricht eine Studie des Umweltbundesamtes zur Wirkung von Tempo 30 km/h an Hauptverkehrsstraßen an. Hier werde über langjährige Messreihen an Berliner Hauptverkehrsstraßen berichtet, die zu einer Reduktion von 6 bis 12 Mikrogramm/ m³ Stickstoffdioxidbelastung der Luft geführt hätten. Herr Hübner möchte wissen, ob der Verwaltung die Studie bekannt sei, ob sie in die Beratungen des Runden Tisches einbezogen werde und wie die Verwaltung dazu stehe.

Beigeordneter Herr Dr. Rau antwortet, dass die angesprochene Studie der Verwaltung bekannt sei. Die Frage sei, was man als Kommune auf den Hauptverkehrsstraßen hinsichtlich Geschwindigkeitsbegrenzungen regeln dürfe. Auch dies sei eine der Maßnahmen, welche der Runde Tisch mit bearbeiten werde.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Dr. Rau und die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

1.2 Windenergie in Köln Gemeinsame Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0367/2017

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

1.3 Radverkehrskonzepte für die Kölner Stadtbezirke Anfrage der SPD-Fraktion AN/0422/2017

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**1.4 Luftbelastung am Clevischen Ring
Anfrage der FDP-Fraktion
AN/0426/2017**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

**2.1 Mehr artenreiche Wiesen in Köln
Gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke vom
07.02.2017
AN/0246/2017**

RM Herr Becker begründet den gemeinsamen Antrag, dessen Ziel es sei, die Artenvielfalt der Blumenwiesen im Stadtgebiet zu erhöhen. Es gehe dabei nicht um riesige Wiesen, sondern um überschaubare Flächen.

Er bittet, noch eine von der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gewünschte Ergänzung unter Punkt 2 c einzusetzen. Der Satz lautet „Es erfolgt kein großflächiger Umbruch von Grünflächen“.

SE Herr Hübner schließt sich namens der Fraktion Die Linke den Ausführungen seines Vorredners an und bedankt sich für die fruchtbare Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion und die Bereitschaft der Verwaltung, die Naturschutzverbände in die Umsetzung des Beschlusses mit einzubeziehen.

RM Frau Welcker signalisiert aus Sicht der CDU-Fraktion Zustimmung zum Antrag, bittet aber, darauf zu achten, dass im Stadtgebiet keine giftigen Pflanzen verbreitet werden.

SB Herr Dr. Albach bewertet den Antrag positiv und werde ihm für die FDP-Fraktion zustimmen. Er fragt, ob man, ähnlich wie bei dem Belvedere-Konzept, an den städtischen Wiesen auch Blühstreifen anlegen könne.

Herr Dr. Bauer antwortet, dass dies nicht mit der gleichen Intention wie bei Ackerflächen, also für Arten der Feldflur, wie Hase, Fasan oder Rebhuhn, möglich sei.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe stellt den Beschlusstext **mit der von der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gewünschten und von SB Herrn Becker mündlich vorgetragenen Erweiterung unter 2 c** zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Artenvielfalt von Wiesen in Kölner Parks durch gezielte Maßnahmen sukzessive zu erhöhen.

Zwei Methoden sind dabei zu verfolgen:

- a. Ein an den jeweiligen Standort angepasstes Mahd- bzw. Beweidungsregime (Häufigkeit, Zeitpunkte, Maschineneinsatz, abschnittsweises Vorgehen, im Falle der Mahd auch Abtragung) bei Wiesen, die ein entwickelbares ökologisches Potenzial aufweisen (noch vorhandener Samenpool im Boden, noch vorhandene (Rest-)Bestände artenreicher Pflanzengesellschaften, vorhandene Vernetzung zu anderen naturnahen Wiesen).

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Stadtklima- und Verschönerungsprogramm für die neun Kölner Stadtbezirke hier: Überarbeitung des Kriterienkataloges 3968/2016

SB Herr Becker spricht sich für einen Beschluss in der Fassung der BVen Nippes und Kalk, allerdings ohne die von der BV Nippes beschlossene Unterhaltung und Gestaltung von Sportplätzen, aus.

RM Frau Welcker plädiert für eine Beschlussfassung wie die BV Kalk.

SB Herr Dr. Albach beantragt, sowohl den ergänzenden Empfehlungen der BV Nippes, als auch denen der BV Kalk zu folgen, da die Grünpflege auf Sportplätzen nicht über das Grünflächenamt sondern über das Sportamt laufe.

RM Herr Brust betont, dass es sich bei diesem Programm um ein Stadtverschönerungsprogramm im Grünbereich handle. Die Sportstätten an sich hätten einen eigenen Etat.

- Zunächst stellt Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe den **ergänzten Beschlusstext in der** von SB Herrn Dr. Albach mündlich beantragten **Fassung der Beschlussempfehlungen der Bezirksvertretungen Nippes und Kalk** zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, folgenden ergänzten Beschluss zu fassen:

Der Finanzausschuss beschließt, dass die Bezirksvertretungen 1 bis 9 mit Inkrafttreten des Doppelhaushalts 2016/2017 die je Stadtbezirk für Stadtklima-/Stadtverschönerungsmaßnahmen veranschlagten Mittel nach den folgenden Kriterien verwenden können:

- Nachhaltigkeit der Maßnahme
- Die Maßnahme muss zu einer Verbesserung der Ist-Situation führen. Dies kann erfolgen durch:
 - o Aufwertung
 - o Verbesserung der Aufenthalts- und Nutzungsqualität
 - o Verbesserung der Pflege und Unterhaltung

- Die Maßnahme darf nicht zu erhöhten Folgekosten führen

Übliche/gewöhnliche Standard-Folgekosten werden aus dem allgemeinen städtischen Haushalt getragen.

Darüber hinausgehende, durch einen gehobenen Standard der Ausführung verursachte (z.B. durch die Neuanlage von Schmuckbeeten) erhöhte Folgekosten sind von der zuständigen Bezirksvertretung aus ihren eigenen Finanzmitteln zu tragen.

- Die Maßnahme sollte **in der Regel** ein Mindestkostenvolumen von 5.000 € umfassen
- Die Maßnahmen werden mit Prioritäten versehen

Die Maßnahmen zur Verschönerung des Stadtbildes und zur Verbesserung des Stadtklimas orientieren sich an folgendem Katalog:

- Ersatz- und Neupflanzungen von Straßenbäumen
- Pflege und Bepflanzung von Baumscheiben, Schutzmaßnahmen gegen das Befahren von Baumscheiben und Grünflächen (z.B. Poller, Gitter setzen)
- Neubepflanzung von Beeten
- Begrünung von Verkehrsinseln/Kreisverkehren
- Verbesserung der Gestaltung von Grünflächen und Straßenbegleitgrün durch Pflege-, Aufwertungs- und Sicherungsmaßnahmen
- Ersatz- und Neupflanzungen in Grünanlagen (z.B. Gehölze (essbare Gehölze), Blumen, Blumenzwiebeln)
- Sanierung denkmalgeschützter Grünanlagen bzw. von Teilstrukturen
- Verbesserung der Nutzung von Grünanlagen **und anderen öffentlichen Flächen**, z.B. durch Reparatur, Ersatz- oder Neubeschaffung von Bänken, Trimm-Dich-Geräten, Anlage von Boule-Flächen, u.ä.
- Unterhaltung und Gestaltung von Spielplätzen in Grünanlagen sowie auf Schulhöfen
- **Unterhaltung und Gestaltung von Sportplätzen inkl. Anschaffung von Spiel- und Sportgeräten.**
- Ergänzung von Hinweis- und Wegebeschilderungen in Grünanlagen
- Sanierung und Instandsetzung von Brunnen im öffentlichen Raum

Die Aufwendungen des Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramms unterliegen der Mittelfreigabe durch den Finanzausschuss. Die Bezirke legen hierzu separate Beschlussvorlagen vor.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke.

- Anschließend stellt der Ausschussvorsitzende den **ergänzten Beschlusstext in der** von SB Herrn Becker mündlich beantragten **Fassung der Beschlussempfehlung der Bezirksvertretung Kalk** zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, folgenden ergänzten Beschluss zu fassen:

Der Finanzausschuss beschließt, dass die Bezirksvertretungen 1 bis 9 mit Inkrafttreten des Doppelhaushalts 2016/2017 die je Stadtbezirk für Stadtklima-/Stadtverschönerungsmaßnahmen veranschlagten Mittel nach den folgenden Kriterien verwenden können:

- Nachhaltigkeit der Maßnahme

- Die Maßnahme muss zu einer Verbesserung der Ist-Situation führen. Dies kann erfolgen durch:
 - o Aufwertung
 - o Verbesserung der Aufenthalts- und Nutzungsqualität
 - o Verbesserung der Pflege und Unterhaltung
- Die Maßnahme darf nicht zu erhöhten Folgekosten führen
Übliche/gewöhnliche Standard-Folgekosten werden aus dem allgemeinen städtischen Haushalt getragen.
Darüber hinausgehende, durch einen gehobenen Standard der Ausführung verursachte (z.B. durch die Neuanlage von Schmuckbeeten) erhöhte Folgekosten sind von der zuständigen Bezirksvertretung aus ihren eigenen Finanzmitteln zu tragen.
- Die Maßnahme sollte **in der Regel** ein Mindestkostenvolumen von 5.000 € umfassen
- Die Maßnahmen werden mit Prioritäten versehen

Die Maßnahmen zur Verschönerung des Stadtbildes und zur Verbesserung des Stadtklimas orientieren sich an folgendem Katalog:

- Ersatz- und Neupflanzungen von Straßenbäumen
- Pflege und Bepflanzung von Baumscheiben, Schutzmaßnahmen gegen das Befahren von Baumscheiben und Grünflächen (z.B. Poller, Gitter setzen)
- Neubepflanzung von Beeten
- Begrünung von Verkehrsinseln/Kreisverkehren
- Verbesserung der Gestaltung von Grünflächen und Straßenbegleitgrün durch Pflege-, Aufwertungs- und Sicherungsmaßnahmen
- Ersatz- und Neupflanzungen in Grünanlagen (z.B. Gehölze (essbare Gehölze), Blumen, Blumenzwiebeln)
- Sanierung denkmalgeschützter Grünanlagen bzw. von Teilstrukturen
- Verbesserung der Nutzung von Grünanlagen **und anderen öffentlichen Flächen**, z.B. durch Reparatur, Ersatz- oder Neubeschaffung von Bänken, Trimm-Dich-Geräten, Anlage von Boule-Flächen, u.ä.
- Unterhaltung und Gestaltung von Spielplätzen in Grünanlagen sowie auf Schulhöfen
- Ergänzung von Hinweis- und Wegebeschilderungen in Grünanlagen
- Sanierung und Instandsetzung von Brunnen im öffentlichen Raum

Die Aufwendungen des Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramms unterliegen der Mittelfreigabe durch den Finanzausschuss. Die Bezirke legen hierzu separate Beschlussvorlagen vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

4.2 Luftreinhalteplanung Stadt Köln 3786/2016

4.2.1 Luftreinhalteplanung Stadt Köln Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 09.03.2017 AN/0403/2017

SB Herr Becker begründet den Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Ziel sei es, die notwendige Senkung der Werte so schnell wie möglich umzusetzen. Dies sei auch in dem Düsseldorfer Urteil so formuliert worden. Man halte das großräumige Dieserverbot und die City-Maut nicht für vernünftig und insbesondere die City-Maut für ungerecht und unsozial, da diese alle Pendlerinnen und Pendler, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten und der Größe ihres PKW's, treffe.

RM Frau Welcker entgegnet, die City-Maut stehe nicht im Beschlussvorschlag der Verwaltung. Sie bedankt sich namens der CDU-Fraktion bei Herrn Beigeordneten Rau für die Informationen über den runden Tisch, die Notwendigkeiten hinter der Verwaltungsvorlage und die Alternativen. Wichtig sei es, selbst initiativ zu werden, bevor Vorgaben von anderer Seite das eigene Handeln einschränkten. Trotzdem bitte sie, die Beschlussvorlage zusammen mit dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, da die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf habe.

SB Herr Becker ist mit einer Verweisung ohne Votum einverstanden, auch wenn er es bedauere, dass der federführende Fachausschuss kein Votum zu dieser wichtigen Umweltfrage der Luftreinhaltung abgebe. Er bedanke sich gleichfalls bei Herrn Dr. Rau, der zu diesem Thema eine offene Diskussion führe.

SE Herr Hübner dankt namens der Fraktion Die Linke Herrn Beigeordneten Rau ebenfalls für die Informationen. Er bittet hinsichtlich des runden Tisches um mehr Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Wichtig sei es, die Öffentlichkeit schon vor den Sommerferien darüber zu informieren, wer an diesem Prozess beteiligt sei und wie er organisiert werde. Inwieweit eine Transparenz über den Diskussionsprozess herzustellen sei, sei sicherlich diskutierbar. Herr Hübner weist in diesem Zusammenhang auf die Verwaltungsreform hin, in der eines der höchsten Ziele sei, Verwaltungshandeln transparent zu machen.

SB Herr Dr. Albach vermisst die angekündigte Ursachenanalyse bei den Stickoxiden⁴ und stellt den Unterschied zwischen Verwaltungsvorlage und Änderungsantrag dar. Der für ihn gravierende Unterschied sei die Ergebnisoffenheit in der Formulierung der Verwaltung. Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion sei aufgrund des letzten Satzes⁵ des Beschlusstextes nicht ergebnisoffen. Diesem Satz könne er sich durchaus anschließen. Hinsichtlich der Zusammensetzung des runden Tisches könne man darüber diskutieren, Bürgerinnen und Bürger aus der Umgebung (Stichwort Clevischer Ring) oder auch die betroffenen Bezirksvertretungen einzuladen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Verweisung von Beschlussvorlage und Änderungsantrag ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zur Abstimmung:

⁴ <https://de.wikipedia.org/wiki/Stickoxide>

⁵ In diesem Rahmen fordert der Rat die beteiligten Akteure auf, alle denkbaren Handlungsansätze und -alternativen zu nutzen, um großräumige (Diesel-)Fahrverbote und insbesondere eine City-Maut auf Kölner Stadtgebiet zu vermeiden.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die **Beschlussvorlage und den Änderungsantrag ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Beitritt zum Bündnis "Kommunen für Biologische Vielfalt e.V."
4221/2016**

SB Herr Becker spricht sich namens der SPD-Fraktion gegen eine Beschlussfassung aus.

RM Frau Akbayir betont, dass die Fraktion Die Linke die Vorlage begrüße und ihr mit großer Freude zustimme.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün hat in seiner Sitzung vom 08.12.2016 empfohlen, dem Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt e.V.“ beizutreten.

Der Rat der Stadt Köln folgt der Empfehlung des Ausschusses für Umwelt und Grün und beschließt den Beitritt der Stadt Köln zum Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt e.V.“.

Der Jahresbeitrag für 2017 in Höhe von 5.000 € steht im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung und -vorsorge, bei Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen zur Verfügung. Aufgrund des bestehenden Bewirtschaftungsvermerks beschließt der Rat der Stadt Köln gleichzeitig die Mittelfreigabe in entsprechender Höhe. Der künftige Jahresbeitrag ab 2018 wird bei der Haushaltsplanung 2018 ff. berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion.

**4.4 Energieberatung für Privathaushalte durch die Verbraucherzentrale -
Verlängerung für das Jahr 2020
0144/2017**

SB Herr Becker kündigt an, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde. Er bittet, die Aktivitäten durch einen Vertreter der Verbraucherzentrale in einer der nächsten Ausschusssitzungen vorzustellen.

RM Frau Welcker stimmt ihrem Vorredner zu und fragt hinsichtlich der geringen Fallzahlen der Beratung, ob es hierfür personelle Gründe gebe oder ob nicht mehr Anfragen gestellt worden seien bzw. wie die Entwicklung in diesem Bereich aussehe.

Herr Peschen sagt zu, in einer der kommenden Sitzungen einen Erfahrungsbericht abzugeben und die Aktivitäten bis hin zu einer Planung für das nächste Jahr darzustellen.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün beschließt, die Verbraucherzentrale NRW bei der Durchführung der Energieberatung für Privathaushalte in Köln über den aktuellen Zeitraum bis Ende 2019 gemäß Ratsbeschluss vom 08.04.2014 (0935/2014) hinaus für das Jahr 2020 mit einem Zuschuss zu unterstützen.

Die Mittel i.H.v. 57.500 € für das Haushaltsjahr 2020, werden im Haushaltsplan 2018, beim Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung, -vorsorge, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagt.

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der ergänzenden Finanzierung der Energieberatungsstelle aus Mitteln des Landes NRW (unter Ausnutzung von EU-Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.5 Beschaffung einer IT-Anwendung Baumkataster 0424/2017

Von der Verwaltung zurückgezogen.

4.6 Bauvorhaben Erweiterung Vereinsgebäude "Blaue Funken"/Sachsenturm (Blaue-Funken-Weg 2); hier: Beschluss über die Durchführung eines architektonischen Gutachterverfahrens zur Bebauung eines städtischen Grundstückes 2875/2016

Frau Zlonicky stellt in einer kurzen Einführung das Vorhaben vor. Sie weist auf die erhöhten Bedarfe der Karnevalsgesellschaften hin, die mit großem Engagement zum Erhalt der Gebäudereste der ehemaligen Stadtmauer beitragen. Ferner betont sie die besonderen Aspekte der fehlenden Barrierefreiheit, der weder ober- noch unterirdisch erweiterbaren Gebäude und der südlich angrenzenden in einem alten Bebauungsplan festgesetzten Grünfläche.

Sowohl verwaltungsintern als auch mit den Vertretern der Blauen Funken haben bereits umfangreiche Gespräche stattgefunden. Dabei sei das Ansinnen der Blauen Funken auf das absolut minimale Maß zurückgeschraubt und ihnen ein Qualifizierungsverfahren auferlegt worden. Die Ergebnisse des Wettbewerbs werden anschließend in das Bebauungsplanverfahren aufgenommen.

RM Herr Walter zeigt Verständnis für die Wünsche der Karnevalsgesellschaften, ihre Liegenschaften zu erweitern. Er verweist allerdings mit Nachdruck darauf, dass es sich in diesem Fall um eine öffentliche Grünfläche in der Innenstadt handle, von denen es nicht allzu viele gebe.

Die SPD-Fraktion habe die Pläne im Arbeitskreis kritisch diskutiert und sei der Meinung, dass dadurch ein Präzedenzfall geschaffen werde, den es zu verhindern gelte, denn am anderen Ende der Stadtmauer sei die Prinzengarde beheimatet.

Wenn man sich zudem anschau, für welche Zwecke die Fläche benötigt werde, stelle man fest, dass lediglich ein Raum für Jugendarbeit und die restlichen 3 Räume für Tagungsräume, Büro und Lager vorgesehen seien. Daher bitte die SPD-Fraktion, in der weiteren Beratungsfolge zu prüfen, ob tatsächlich 20 m Fläche zur Bebauung be-

nötigt werden. Wenn dort gebaut werde, sollte der Erweiterungsbau ökologisch und nachhaltig realisiert und bei der Auswahl des Baumaterials sowie der Dach- und Fassadenbegrünung sollte dem Rechnung getragen werden.

Herr Walter hebt noch einmal hervor, dass es sich um einen Bau auf einer öffentlichen Grünfläche handle, die versiegelt werde. Auch interessiere die SPD-Fraktion, ob und welche Bäume gefällt werden müssen und falls ja, dass diese Bäume ersetzt werden und darüber hinaus eine ökologische Aufwertung stattfinden müsse. Im Hinblick auf das Thema „Essbare Stadt“ könnten ein paar Obstbäume gepflanzt werden.

Zudem möchte die SPD-Fraktion wissen, ob das Wettbewerbsverfahren ergebnisoffen sei und es im weiteren Verfahren noch die Möglichkeit gebe, „nein“ zu sagen, wenn Stadtgesellschaft und Politik die Bebauung ablehnten.

RM Herr Brust weist darauf hin, dass sich in der Nähe mehrere Schulen, darunter das Humboldtgynasium, befänden, die abends leer stünden. Er fragt, ob darüber nachgedacht worden sei, Räume in diesen Schulen als Tagungsräume zu nutzen. Dies könne dem Verein helfen und zugleich der Stadt Zusatzeinnahmen einbringen.

Herr Brust spricht den Masterplan von Herrn Speer an und bemerkt, dass das geplante Gebäude wahrscheinlich mit ihm übereinstimmen würde. Er verweist auf Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses, die den Ringbereich und die dortigen Grünflächen betreffen und vom Masterplan abweichen. Die Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen habe keinen Überblick darüber, was an dieser Stelle alles beschlossen worden sei.

Herr Brust bittet um eine Zusammenstellung, welche Beschlüsse vom Lenkungskreis und Stadtentwicklungsausschuss getroffen worden seien, die diesen Bereich betreffen, um zu sehen, ob das geplante Bauvorhaben mit den bisher gefassten Beschlüssen übereinstimme. Wenn dies bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün möglich sei, schlage er vor, die Beschlussvorlage bis dahin zurückzustellen.

SB Herr Dr. Albach schließt sich seinen Vorrednern an, was die Preisgabe einer öffentlichen Grünfläche zur Nutzung des geplanten Gebäudes u. a. als Tagungsräume sowie die Suche nach Synergien betreffe. Auch stelle sich die Frage nach dem klimatischen Ausgleich, wenn es keine begehbare Fläche mehr gebe. Man könne beispielsweise in der Innenstadt Dächer durch Ausgleichszahlungen solange begrünen, bis der Ausgleich erreicht sei.

Frau Zlonicky nimmt zu den angesprochenen Fragen und Kritikpunkten Stellung. Sie betont noch einmal die Einschränkung der ursprünglichen Erweiterungspläne um mindestens ein Drittel und den Aspekt der fehlenden Barrierefreiheit.

Zur Frage der Ergebnisoffenheit weist sie darauf hin, dass die Sachlage anders als am Rudolfplatz sei: Zum einen setze zwar ein alter Bebauungsplan Grünfläche, nördlich der vorhandenen Bebauung, am Trutzenberg, jedoch eine Baufläche für einen Kindergarten fest, was nie realisiert worden sei.

Ebenso sehen die historische städtebauliche Herleitung und der Masterplan ebenfalls eine Baufläche vor. Soweit sie wisse, gebe es keine aktuellen Beschlüsse zum Masterplan, weil die Lupenräume an anderer Stelle stünden. Sie werde dies noch einmal prüfen und kurzfristig nachreichen.

Hinsichtlich der Synergieeffekte erklärt sie, dass im Humboldtgynasium absolut kein Platz sei.

RM Herr Walter merkt an, der Masterplan sehe vor, dass an diesem Teil des Sachsenrings angrenzend an das Humboldtgynasium, aber auch dort, wo die Blauen Funken sind, die Kante in Richtung Sachsenring geschlossen und bebaut werden soll. Wenn jetzt ein dreistöckiges, 20 Meter langes Gebäude dort errichtet werden soll, das

an die Stadtmauer anschließen, müsse, wenn der Masterplan weiterverfolgt werden soll, ein Anschluss an den Neubau mitberücksichtigt und bei dem Wettbewerb in die Überlegungen mit einbezogen werden. Er fragt, ob dies so erfolge.

RM Frau Akbayir fragt, wie diese Vorlage mit dem Ausschuss Umwelt und Grün zusammenhänge. Sie schlägt vor, sie auch in den Kulturausschuss zu verweisen, da der Denkmalschutz betroffen sei.

Frau Zlonicky äußert, dass Bauvorhaben, die eine Nutzung für kulturelle Zwecke vorsehen, in den Kulturausschuss verwiesen werden. Beschlussvorlagen, wie diese, die den Denkmalschutz betreffen, werden im Rahmen der laufenden Verwaltung mit dem Stadtkonservator eng abgestimmt.

Nach weiterer Diskussion, im Verlauf derer RM Herr Brust seinen Antrag auf Zurückstellung der Vorlage aufrecht erhält, RM Frau Akbayir ihren Vorschlag auf Verweisung in den Kulturausschuss zurückzieht und RM Frau Welcker den Vorschlag macht, die noch offenen Fragen in der nächsten Sitzung zu beantworten, stellt der Ausschussvorsitzende die Zurückstellung der Vorlage in die nächste Sitzung zur Abstimmung:

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt die Beschlussvorlage zurück in seine nächste Sitzung am 04.05.2017.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

Hierzu liegt nichts vor.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mitteilungen

7.1 s. TOP C Ganzheitliches Kölner Umweltbildungskonzept (UBK)

7.2 Durchforstungsplanung 2017 zur Pflege des städtischen Waldes 0064/2017

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.3 Bahnhof Belvedere in Köln-Müngersdorf 0488/2017/1

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.4 Berichtspflicht gem. § 42 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
Bericht an den Ausschuss Umwelt und Grün
0520/2017**

RM Herr Walter bewertet für die SPD-Fraktion die Berichterstellung positiv. Er regt an, in die Tabelle eine zusätzliche Spalte einzufügen und bei den Beschlüssen, deren Umsetzung noch in Bearbeitung ist und die keine Daueraufgaben darstellen, darüber zu informieren, bis wann sie erledigt sein sollen. Wenn es keinen Endtermin gibt, kann auch das in die Tabelle geschrieben werden (z. B. Daueraufgabe).

Beigeordneter Herr Dr. Rau sagt dies zu.

RM Herr Brust bemerkt kritisch, in einigen Berichten sei aufgeführt, dass keine weitere Berichterstattung erfolge, obwohl die Maßnahme nicht abgeschlossen sei. Teilweise sei gar nicht geplant sie abzuschließen. Als Beispiel nennt er den Energiebericht, wo seit langer Zeit viele Ämter der Stadtverwaltung nicht zur Kooperation bereit seien.

Herr Brust bittet namens der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, die Mitteilung noch mal auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu nehmen, um die Möglichkeit zu haben, die Sachstände im Einzelnen mit der Verwaltung zu besprechen.

**7.5 Fertigstellung Rheinboulevard
0259/2017**

SE Herr Pergande regt an, die Fertigstellung des Rheinboulevards mit einer öffentlichen Veranstaltung zu würdigen.

Herr Kaune informiert darüber, dass sich die Angelegenheit noch in der verwaltungsinternen Abstimmung befinde.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Kaune zur Kenntnis.

**7.6 Zeitlicher Ablauf des Freiraumplanerischen Wettbewerbs Parkstadt Süd-Teilbereich Eifelwall
0414/2017**

SB Herr Dr. Albach weist darauf hin, dass die Veranstaltung am gleichen Tag stattfinden wie die Sitzung des Ausschusses.

Ausschussvorsitzender Herr Struwe merkt an, dass hiervon einige Ausschussmitglieder betroffen seien, die der Jury angehörten. Insofern müsse überlegt werden, evtl. den Ausschusstermin zu verlegen. Er werde sich noch mit den Sprechern abstimmen und bittet die Verwaltung, nach Alternativterminen zu suchen, um eine kurzfristige Klärung herbeizuführen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

8.1 Klimaschutz durch effiziente Energieberatung in Köln Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Donath vom 03.11.2016 0500/2017

SE Herr Donath bittet, derart umfangreiche Vorlagen in Zukunft elektronisch zur Verfügung zu stellen.

Herr Peschen schlägt vor, pro Fraktion ein Papierexemplar zu verschicken.

Dem Vorschlag wird im Ausschuss Umwelt und Grün einmütig zugestimmt und die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

9 Mündliche Anfragen

Hierzu liegt nichts vor.

gez. Rafael Christof Struwe
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)